

**Niederschrift über die 5. Sitzung der Stadtvertretung
am Montag, 18.03.2024, 18:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses
der Stadt Ratzeburg, Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg**

Anwesend :

Von der FRW-Fraktion

Frau Bettina Bahrs

Herr Lasse Bruhn

Herr Andreas von Gropper

Herr Jürgen Hentschel

Frau Jane Kischel

Herr Björn Knabe

Herr Lutz Meusen

Frau Esther Morawe

Herr Werner Rütz

Herr Heinz Suhr

Stadtpräsident/Vorsitzender

Von der CDU-Fraktion

Herr Martin Bruns

Herr Michael Jäger

Herr Prof. Dr. Ralf Röger

Herr Lars Rothfuß

Frau Corinna Ruth

Herr Dr. Carsten Stemich

Frau Marion Wisbar

1. stellv. Stadtpräsident

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Helma Burazerovic

Frau Svenja Kroll

Herr Reimar von Wachholtz

Frau Ulrike Walther

Herr Robert Wlodarczyk

Von der SPD-Fraktion

Herr Dennis Haase

Herr Uwe Martens

Herr Matthias Radeck-Götz

Herr Carsten Ramm

Von der FDP

Herr Frederic Götze

Von der Verwaltung

Herr Bürgermeister Eckhard Graf

Frau Maren Colell

Herr Axel Koop

Herr Said Ramez Payenda

Herr Michael Wolf

Frau Laura Schultz

Herr Christian Nimtz

zugleich als Protokollführung

zugleich als Vertreterin des Personalrats

Entschuldigt:

Von der FDP

Herr Nicolas Reuß

Öffentlicher Teil

Top 1 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024

Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr von Gropper, eröffnet um 18:31 Uhr die 5. Sitzung der Stadtvertretung im Ratssaal des Rathauses der Stadt Ratzeburg, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt alle Anwesenden.

Herr Reuß fehlt entschuldigt. Frau Walther betritt um 18:33 Uhr den Sitzungsraum. Folglich sind 27 stimmberechtigte Mitglieder der Stadtvertretung anwesend.

Das Protokoll führt Herr Koop.

Top 2 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024

Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Herr von Gropper bittet um Abstimmung, Herrn Tewis als Sachverständigen zu dem Tagesordnungspunkt 13 „Flüchtlingsunterbringung in Ratzeburg; hier: Anmeldung der Bau- und Planungskosten zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2024“ zu bestellen.

Beschluss: 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Ferner lässt der Vorsitzende über den Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnungspunkte 17 bis 20 im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu beraten, abstimmen.

Beschluss: 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Weitere Anträge bzw. Wortmeldungen liegen nicht vor. Somit wird die **Tagesordnung** wie folgt festgesetzt:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- Punkt 2 Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- Punkt 3 Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 11.12.2023
- Punkt 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- Punkt 5 Bericht der Verwaltung
- Punkt 6 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern
- Punkt 7 Bildung eines Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Inklusionsbeirat) der Stadt Ratzeburg
- Punkt 8 Artenschutzgutachten - Avifauna Ratzeburger See - Abschlussbericht 2023
- Punkt 9 Neufassung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften
- Punkt 10 Feuerwehrangelegenheiten; hier: Feuerwehrbedarfsplan
- Punkt 11 Angelegenheiten der Diakonie; hier: Erweiterung des öffentlich-rechtlichen Vertrages Stadt/Diakonie
- Punkt 12 Angelegenheiten der Lauenburgischen Gelehrtenschule; hier: IT-Betreuung durch den Schulverband Ratzeburg
- Punkt 13 Flüchtlingsunterbringung in Ratzeburg, hier: Anmeldung der Bau- und Planungskosten zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2024
- Punkt 14 I. Nachtragshaushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2024
- Punkt 15 Anträge
- Punkt 16 Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 17 Stundung von Gewerbesteuerforderungen
- Punkt 18 Vergabe der 10 Jahresinspektion des TMF der FFW Ratzeburg inklusive eines Mietfahrzeuges
- Punkt 19 Umbau und Erweiterung der Ruderakademie Ratzeburg, Vergabe von Bauleistungen, hier: Entwässerungs-kanalarbeiten, 1. Nachtrag
- Punkt 20 Sanierung der Sportanlage Fuchswald - Vergabe

Öffentlicher Teil

- Punkt 21 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse
- Punkt 22 Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Top 3 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 11.12.2023

Herr Dr. Röger verweist auf die Protokollierung zu dem Tagesordnungspunkt 9 „Bericht über die Annahme/Vermittlung von Zuwendungen (Spenden)“ und den offenkundigen Fehler, dass die Spende der CDU-Fraktion mit 500 € anstatt 1.500 € angegeben worden sei, obgleich in der diesbezüglichen Protokollanmerkung die richtige Spendenhöhe enthalten sei. Er bittet um redaktionelle Korrektur.

Die Verwaltung sagt die Korrektur zu und bittet für den Fehler um Entschuldigung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Top 4 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: SR/BerVoSr/572/2024

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Stadtvertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Top 5 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Bericht der Verwaltung

Herr Koop verweist auf die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 19.09.2022 zur Rückführung von Aufgaben des Eigenbetriebs an die Stadt Ratzeburg und den sich daraus ergebenden Problemen in der Umsetzung. Die unentgeltliche Übertragung von Anlagevermögen würde steuerrechtlich eine verdeckte Gewinnausschüttung darstellen und somit eine nicht unerhebliche Steuerpflicht auslösen. Die Verwaltung habe sich daher darauf verständigt, erst nach vollständiger Abschreibung der einzelnen Vermögenswerte eine Übertragung auf die Stadt vorzunehmen.

Die Stadtvertretung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

Top 6 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern

Der Vorsitzende eröffnet um 18:38 Uhr die sogenannte Einwohnerfragstunde und bittet um Wortmeldungen.

Eine Sprecherin der Demonstranten aus der Gruppe „RZ Mitte“, die zeitgleich vor dem Rathaus eine Veranstaltung stattfinden lässt, meldet sich zu Wort und erörtert die Beweggründe der weiterhin stattfindenden Montagsdemos vor dem Rathaus. Sie verliest eine Forderungsliste und verdeutlicht ihre Unzufriedenheit primär gegenüber der aktuellen Bundespolitik. Anschließend fragt sie nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende verweist auf die kommunalrechtlichen Regularien der Einwohnerfragestunde, insbesondere auf den Schwerpunkt lokaler Themen. Er bietet an, nach der Sitzung mit den Demonstrierenden ins Gespräch zu kommen, gegebenenfalls würden sich auch noch weitere politische Vertreterinnen und Vertreter anschließen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde um 18:42 Uhr.

Top 7 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Bildung eines Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Inklusionsbeirat) der Stadt Ratzeburg Vorlage: SR/BeVoSr/960/2024/2

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Der Vorsitzende lässt über den nachstehenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die **Stadtvertretung** beschließt auf Empfehlungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport sowie des Hauptausschusses, auf Basis der vorliegenden Satzung die Bildung eines Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Inklusionsbeirat) der Stadt Ratzeburg zu beschließen.

Die **Stadtvertretung** beschließt auf Empfehlungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport sowie des Hauptausschusses, die bestehende Geschäftsordnung über die Arbeit der bzw. des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Ratzeburg (Behindertenbeauftragte/r) aufzuheben.

Der Hauptausschuss und die **Stadtvertretung** würden es begrüßen, wenn das Amt Lauenburgische Seen zu gegebener Zeit dem Inklusionsbeirat beitreten würde.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)

Top 8 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Artenschutzgutachten - Avifauna Ratzeburger See - Abschlussbericht 2023

Der Vorsitzende berichtet über den am vergangenen Montag, 11.03.2024, stattgefundenen Informationsabend im Ratssaal. Die Angelegenheit sei vorsorglich auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden, um gegebenenfalls noch per Tischvorlage oder gesonderte Antragstellung einer Fraktion, eine mögliche Beschlussfassung seitens der Stadtvertretung zu erwirken. Derartige Anträge lägen jedoch nicht vor.

Herr Bürgermeister Graf ergänzt, dass das Gutachten nunmehr auch den am Ratzeburger See ansässigen Wassersportvereinen vorgestellt werde und in einem späteren Schritt auch sämtliche Gewerbetreibende, die von der Ratzeburger Seenlage geschäftlich profitieren, informiert werden sollen.

Herr Wlodarczyk verweist auf die ursprüngliche Antragstellung seiner Fraktion und bedankt sich beim Stadtpräsidenten für die Organisation des informativen Abends.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Top 9 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Neufassung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften Vorlage: SR/BeVoSr/959/2024/1

Herr Dr. Röger moniert erneut die Formulierungen im Satzungsentwurf dahingehend, dass vermehrt von „Wohnungs- und Obdachlosen“ gesprochen werde, obgleich aufgrund der Darstellung in der Beschlussvorlage die Begrifflichkeit der Wohnungslosen auch die der Obdachlosen umfasse. Er verweist diesbezüglich auf seine Anmerkungen in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses vom 04.03.2024.

Herr Koop erörtert, dass er nach der Sitzung des Hauptausschusses nochmals Rücksprache mit dem zuständigen Fachbereich gehalten habe. Er zitiert den § 1 Abs. 2 der Satzung und verdeutlicht die vom Satzungsgeber normierte Legaldefinition für „Obdachlosenunterkünfte“. Demnach dienen diese der Unterbringung von Obdachlosen und Wohnungslosen. Anschließend werde in der Satzung jedoch nur noch von Benutzerinnen und Benutzern gesprochen. Die Definition „Obdachloseunterkünfte“ könnte nochmals modifiziert bzw. durch „Wohnungslosenunterkünfte“ ersetzt werden.

Frau Schulz verdeutlicht die Unterschiede zwischen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit sowie den späteren Anwendungsbereich der Satzung.

Herr Dr. Röger plädiert aufgrund des Sachunterschieds für eine erneute Beratung der Thematik im zuständigen Fachausschuss.

Der Vorsitzende fasst das Ergebnis der Beratung zusammen und bittet um Abstimmung über die Verweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport.

Beschluss: 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Top 10 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Feuerwehrangelegenheiten; hier: Feuerwehrbedarfsplan
Vorlage: SR/BeVoSr/962/2024/1

Herr Dr. Röger verweist auf die Beschlussvorlage und bittet erneut zu protokollieren, dass aus dem Feuerwehrbedarfsplan keinerlei Ansprüche abgeleitet werden können. Haushaltsrechtliche Verbindlichkeiten entstünden erst durch Aufnahme und Beschlussfassung einzelner Maßnahmen im Investitionsprogramm. In diesem Kontext merkt er an, dass der Bau eines Feuerwehrstandortes in der Vorstadt gemäß Antragstellung der FRW-Fraktion noch nicht im Investitionsprogramm des Nachtragshaushaltsplanes enthalten sei.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die **Stadtvertretung** beschließt auf Empfehlung des Finanzausschusses und des Hauptausschusses,

den Feuerwehrbedarfsplan der Stadt Ratzeburg (Stand: 11/2023) gemäß Entwurf mit der Anlage (Antrag der FRW zum Finanzausschuss am 20.02.2024) zu beschließen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)

Top 11 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Angelegenheiten der Diakonie; hier: Erweiterung des öffentlich-rechtlichen Vertrages Stadt/Diakonie
Vorlage: SR/BeVoSr/961/2024/1

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die **Stadtvertretung** beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport sowie des Hauptausschusses, die dieser Beschlussvorlage anliegende Erweiterung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Diakonie und der Stadt Ratzeburg.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)

Top 12 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Angelegenheiten der Lauenburgischen Gelehrtenschule; hier: IT-Betreuung
durch den Schulverband Ratzeburg
Vorlage: SR/BeVoSr/970/2024

Wortmeldungen liegen nicht vor; der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Ratzeburg schließt sich der temporären Administration und Betreuung der Schul-IT der Lauenburgischen Gelehrtenschule durch die Fachkräfte des Schulverbandes an, sofern die Schulverbandsversammlung dieser Kooperation zustimmt. Die Verwaltung wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)

Top 13 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Flüchtlingsunterbringung in Ratzeburg, hier: Anmeldung der Bau- und Planungskosten zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2024
Vorlage: SR/BeVoSr/974/2024

Herr Hentschel verweist einleitend auf die prekäre Haushaltslage der Stadt Ratzeburg, welche die Umsetzung einer derartigen Maßnahme nicht zuließe. Er schlägt vor, gegebenenfalls den ehemaligen Verwaltungssitz der Vereinigte Stadtwerke GmbH in der Schweriner Straße übergangsweise zu nutzen oder alternativ einen Immobilienmakler mit der Akquise von Wohnraum im Stadtgebiet zu beauftragen.

Herr Bürgermeister Graf verweist auf eine Konferenz der hauptamtlichen Bürgermeister sowie der Landräte in Schleswig-Holstein und den diesbezüglichen Stand der Erkenntnisse zur Entwicklung der Flüchtlingssituation. Den Prognosen zufolge, müsse die Stadt Ratzeburg im Laufe des Jahres weitere 80 Personen unterbringen und betreuen. Der angespannte Wohnungsmarkt erfordere eine geordnete Unterbringung der Personen; spätestens im April sei die Gewinnung von zusätzlichem Wohnraum erforderlich. Er verdeutlicht mögliche Risiken durch die Herrichtung von Sporthallen für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung, insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Bindung der Belegung. Um keinen Unmut innerhalb der schulverbandsangehörigen Gemeinden zu entfachen, bliebe bei der Frage eines geeigneten Standorts lediglich die Sporthalle der Lauenburgischen Gelehrtenschule.

Herr Bruns gibt zu bedenken, dass die Sporthallen in der Vorstadt auch für Zwecke des Katastrophenschutzes fungieren und nur dann in Frage kämen, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wären. Die im Stadtgebiet vorhandenen Wohnungen seien größtenteils sanierungsbedürftig und führen somit zu hohen Kosten u. a. für Instandsetzungsmaßnahmen. Er bekräftigt die Argumente von Herrn Bürgermeister Graf und appelliert für eine vorausschauende Planung. Er gehe davon aus, dass sich die Maßnahme ab einer Belegungsquote von 80% über 5 Jahre refinanzieren ließe.

Herr Hentschel entgegnet und verweist nochmals auf die hohe Investitionssumme von 3,2 Mio. € und den laufenden Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung. Er präferiert darüber hinaus eine dezentrale Unterbringung der Personen im Stadtgebiet und betont, dass die Stadtverwaltung noch nicht alle Möglichkeiten der Wohnraumgewinnung ausgeschöpft hätte. Unter Berücksichtigung dieser Alternative könne die FRW-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Dr. Röger gibt zu bedenken, dass sich die prognostizierten Zahlen in der Praxis bestätigen könnten, insofern eine zentrale Unterbringung geboten erscheine. Sollte sich wider Erwarten eine abweichende Entwicklung abzeichnen, könne auch über die Aufgabe von angemietetem Wohnraum und Umsiedlung der Flüchtlinge zur Auffüllung der dann unterbelegten Container-Anlage nachgedacht werden.

Mit Verweis auf eine Container-Anlage in der Hansestadt Lübeck stellt Herr Bürgermeister Graf die Vorteile einer Gemeinschaftsunterkunft dar, erörtert nochmals den Handlungsdruck und mahnt vor der Belegung von Sporthallen.

Herr Wlodarczyk meldet sich zu Wort und verdeutlicht die Verantwortung der Stadt gegenüber allen Geflüchteten. Er bedauert die ablehnende Haltung der FRW-Fraktion und bittet um Zustimmung für die weitere Planung und Umsetzung der Investitionsmaßnahme.

Herr Hentschel kann die Diskussion nicht nachvollziehen und verweist auf das geltende Asylrecht, wonach den aus der Ukraine geflüchteten Personen ein besonderes Bleiberecht zustünde. Er ergänzt, dass man aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen möge.

Herr Jäger erachtet das Konzept der Verwaltung für stimmig und plädiert für eine geordnete Lösung in der vorgeschlagenen Variante. Er regt an, den Blick in die Zukunft zu richten und diese Planungsgrundlage auch zur Vermeidung einer späteren Hallennutzung umzusetzen.

Herr Martens merkt an, dass er den „Druck auf dem Kessel“ aktuell nicht verspüre; Zwänge für eine zentralisierte Lösung seien nicht ersichtlich. Für ihn sei die dezentrale Form der Unterbringung in Wohnungen vorrangig zu betrachten. Herr Ramm bestärkt diese Argumentation dahingehend, dass ihm die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen fehle.

Herr Wlodarczyk betont nochmals die Notwendigkeit, sich auf eine mögliche Entwicklung der Zahlen vorzubereiten, schließlich handele es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommune. Herr Bürgermeister Graf bekräftigt diese Aussage und stellt klar, dass die Refinanzierung über die Belegung sichergestellt werden könne. Die Aufgabe der Kommune sei es, Lösungen für die Unterbringung zu schaffen. Eine „Wette auf die Zukunft“ sei riskant.

Herr Suhr verweist auf die prekäre Haushaltssituation der Stadt Ratzeburg und verdeutlicht, dass durch eine Beschlussfassung und Umsetzung dieser Maßnahme, sämtliche Anstrengungen des Finanzausschusses, die Kreditaufnahme auf ein angemessenes Maß zu reduzieren, überholt seien. Der Gesamtbetrag der Kredite läge

letztendlich wieder bei dem im Ursprungshaushalt dargestellten Betrag von rd. 8,5 Mio. €.

Herr Bruns merkt an, dass es sich um eine gemeinschaftliche Aufgabe handele und die Refinanzierung der Maßnahme sichergestellt werden könne. Zudem skizziert er die Vorteile einer zentralen Unterbringung, u. a. durch Bündelung von Synergien für die Betreuung der Personen.

Herr Rütz spricht sich für eine Sichtung des Ratzeburger Wohnungsmarktes aus, gegebenenfalls sei ein Dienstleister für die Akquise von Wohnraum einzusetzen. Er verweist diesbezüglich auf die Fertigstellung des Baugebiets in der Seedorfer Straße und den dadurch auch anteilig freiwerdenden Wohnraum im Stadtgebiet.

Nach einer weiteren Diskussion lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die **Stadtvertretung** beauftragt die Verwaltung mit dem Bau einer Flüchtlingsunterbringung in Form eines Containerdorfes an der Heinrich-Hertz-Straße. Die geschätzten Kosten für die Bau- und Planungsleistungen betragen 3.177.036 Euro und sind im 1.Nachtragshaushalt 2024 bereitzustellen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, den „Zuschuss für die Herrichtung von Wohnraum und Unterkünften für Geflüchtete“ zu beantragen.

Ja 9 Nein 17 Enthaltung 1 (mehrheitlich abgelehnt)

Top 14 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024

I. Nachtragshaushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2024

Vorlage: SR/BeVoSr/971/2024/1

Einleitend zitiert der Stadtpräsident Herr von Gropper den § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung und verdeutlicht, dass er sich an der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligen möchte. Er bittet seinen Stellvertreter, Herrn Jäger, die Verhandlungsleitung zu übernehmen.

Herr Jäger willigt ein und bittet um kurze Sitzungspause. Die Sitzung wird von 19:45 Uhr bis 19.52 Uhr unterbrochen. Herr von Gropper nimmt unter den Mitgliedern der Stadtvertretung Platz.

Herr Jäger erläutert den Sachverhalt und das Verfahren zur Aufstellung eines so frühzeitigen Nachtragshaushaltsplanes. Anschließend übergibt er das Wort an Herrn Suhr als Vorsitzenden des Finanzausschusses. Herr Suhr erläutert den Haushaltsentwurf und die Bemühungen des Finanzausschusses, einen genehmigungsfähigen Nachtragshaushalt aufzustellen. In diesem Zusammenhang skizziert er die Auswirkungen der nicht zahlungswirksamen Abschreibungen im Ergebnisplan und die Vielzahl an Kürzungen und Verschiebungen im Investitionsprogramm.

Herr Dr. Röger hält eine Rede. Mit Verweis auf die Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsicht betont er, dass das Prinzip „Hoffnung“ gescheitert sei und man

sich nunmehr in der Realität befände. Die Stadtvertretung sei durch Beschlüsse aus der Vergangenheit an eine Vielzahl an Maßnahmen gebunden. Dadurch entstände nunmehr eine Situation, die auf „Kante genäht“ sei. Er verdeutlicht, dass Kostensteigerungen, auch unter Berücksichtigung einer prozentualen Förderung, immer zu einer Erhöhung des kommunalen Eigenanteils führen. Die CDU-Fraktion habe daher mehrfach auf die Notwendigkeit einer Prioritätensetzung hingewiesen, u. a. im Bereich der Priorisierung von städtebaulichen Einzelmaßnahmen. Er zitiert aus diversen Niederschriften, sowohl aus dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss, als auch aus dem Finanzausschuss und der Stadtvertretung. Sämtliche Bemühungen und Bedenken der CDU-Fraktion hätten in der Vergangenheit kein Gehör und auch keine politische Mehrheit gefunden. Aus seiner Sicht sei die aktuelle Situation durchaus vermeidbar gewesen.

Herr von Gropper stellt in Frage, inwiefern eine Prioritätensetzung im Bereich der Städtebauförderung in Bezug auf den Haushaltsplan 2024 überhaupt von Relevanz gewesen wäre. Seines Erachtens gäbe es fiskalisch betrachtet keinen Unterschied. Die Kürzung des Kreditrahmens von 8,5 Mio. € auf nunmehr 5,0 Mio. € sei zwar unglücklich, der Verzicht auf die Planung einer Einzelmaßnahme hätte jedoch keine Auswirkung auf den strengen Maßstab der Kommunalaufsicht.

Herr Dr. Röger widerspricht und skizziert, dass der Verzicht auf ein Projekt zur Einsparung von Eigenmitteln führen würde. Herr Bruns ergänzt, dass auf Planungsmaßnahmen verzichtet werden sollte, wenn ohnehin bekannt sei, dass die Finanzsituation eine Umsetzung der Maßnahmen nicht zuließe.

Herr Martens verdeutlicht, dass eine Priorisierung der Investitionsmaßnahmen im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen stattfinde. Die CDU-Fraktion habe sich hingegen bei den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2024 sehr zurückgehalten und keine eigenen Vorschläge unterbreite.

Herr Dr. Röger betont nochmals die Notwendigkeit einer Prioritätensetzung und zitiert aus diversen Niederschriften aus den Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses. Er habe wiederholt das Vorgehen dessen Ausschussvorsitzenden angemahnt.

Herr Rütz weist diesen Vorwurf mit Nachdruck zurück. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss bestehe aus elf Mitgliedern, insofern handele es sich bei den gefassten Beschlüssen um das Abbild eines demokratischen Prozesses. Herr Rütz distanziert sich ausdrücklich von einer hier suggerierten „Weltuntergangsstimmung“. Kredite stellen für Kommunen ein zulässiges Finanzierungsmittel dar und seien grundsätzlich nicht in Frage zu stellen. Ebenso betont er die Notwendigkeit, für eine Entscheidungsfindung einzelne Investitionsmaßnahmen bis zur Ausführungsreife zu planen.

Nach einer weiteren Diskussion über die allgemeine Haushaltslage ergreift Herr von Gropper das Wort. Er stellt einleitend den Antrag der FRW-Fraktion zur heutigen Beratung dar (siehe Anlage). Die funktionale Weiterentwicklung des Marktplatzes sei bereits im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 09.10.2023 mehrheitlich beschlossen worden. Im Hinblick auf die Fördermittel der KfW sei ein zügiges Handeln erforderlich. Die Regularien sähen sogar bewusst eine zusätzliche Förderquote für

finanzschwache Kommunen vor. Abschließend warnt Herr von Gropper davor, in „Erklärungsnot“ gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu geraten. Er bittet um Zustimmung für den Antrag der FRW-Fraktion.

Herr Dr. Röger wiederholt seine Anmerkungen hinsichtlich des bereitzustellenden Eigenanteils bei Förderprojekten. Unabhängig von der Höhe des Eigenanteils entstünde eine Selbstbindung durch die weitere Planung der Maßnahme; eine Umsetzung sei jedoch nicht vertretbar. Zudem kritisiert er die Höhe der Kosten für die bauliche Maßnahme in Höhe von 300.000 € und verweist auf Sparzwänge im freiwilligen Aufgabensektor. Die „Erklärungsnot“ der FRW-Fraktion sei darin begründet, dass im Wahlkampf nie von den Kosten gesprochen worden sei.

Herr Wlodarczyk als Fraktionsvorsitzender „Bündnis 90/Die Grünen“ betont, dass sich seine Fraktion grundsätzlich für die Realisierung des Projekts einsetze. Die aktuelle Haushaltslage erfordere jedoch eine sensible Behandlung der Thematik. Er gibt zu bedenken, dass eine Vielzahl von Investitionen im pflichtigen Aufgabenbereich gestrichen oder verschoben worden sind. Er verliest eine Liste aus den Beratungen im vergangenen Finanzausschuss. Abweichend vom Vorschlag der CDU-Fraktion, auf die Maßnahme gänzlich zu verzichten, schlägt er vor, die Investitionsmaßnahme in den Jahren 2025 und 2026 zu belassen.

Herr Martens unterstützt grundsätzlich Herrn Dr. Röger und spricht sich für die Streichung der Maßnahme aus. Möglicherweise ließe sich das Projekt jedoch im Laufe des Jahres in einem weiteren Nachtragshaushaltsplan verankern.

Herr Hentschel erläutert diverse Gründe, weshalb das Projekt sinnvoll und auch nachhaltig sei. Im urbanen Raum könne durch das Laub der Bäume eine Kühlung des Marktplatzes realisiert werden. Anschließend beantragt Herr Hentschel eine namentliche Abstimmung über den Antrag der FRW-Fraktion.

Über den Verfahrensantrag lässt Herr Jäger sodann abstimmen.

Beschluss: 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

Darüber hinaus bittet Herr Jäger um Abstimmung über den Antrag von Herrn Hentschel, die Sitzung für eine kurze Pause zu unterbrechen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Herr Jäger verliest namentlich die anwesenden Mitglieder der Stadtvertretung und bittet um Stimmenabgabe über den Antrag der FRW-Fraktion (siehe Anlage):

FRW-Fraktion			
1.	FRW	Jürgen Hentschel	Ja
2.	FRW	Björn Knabe	Ja
3.	FRW	Bettina Bahrs	Ja
4.	FRW	Lasse Bruhn	Ja

5.	FRW	Andreas von Gropper	Ja
6.	FRW	Jane Kischel	Ja
7.	FRW	Lutz Meusen	Ja
8.	FRW	Esther Morawe	Ja
9.	FRW	Heinz Suhr	Ja
10.	FRW	Werner Rütz	Ja
CDU-Fraktion			
11.	CDU	Dr. Ralf Röger	Nein
12.	CDU	Marion Wisbar	Nein
13.	CDU	Michael Jäger	Nein
14.	CDU	Martin Bruns	Nein
15.	CDU	Lars Rothfuß	Nein
16.	CDU	Corinna Ruth	Nein
17.	CDU	Dr. Carsten Stemich	Nein
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
18.	B'90/Die Grünen	Robert Wlodarczyk	Nein
19.	B'90/Die Grünen	Helma Burazerovic	Nein
20.	B'90/Die Grünen	Svenja Kroll	Ja
21.	B'90/Die Grünen	Ulrike Walther	Nein
22.	B'90/Die Grünen	Reimar von Wachholtz	Nein
SPD-Fraktion			
23.	SPD	Uwe Martens	Nein
24.	SPD	Matthias Radeck-Götz	Nein
25.	SPD	Dennis Haase	Nein
26.	SPD	Carsten Ramm	Nein
FDP-Fraktion			
27.	FDP	Nicolas Reuß	entschuldigt
28.	FDP	Frederic Götze	Ja

Beschluss: 12 Ja, 15 Nein , 0 Enthaltungen (mehrheitlich abgelehnt)

Nach der Beschlussfassung erläutert Herr Koop weitere Veränderungen im Haus-

haltsentwurf. Im Investitionsprogramm seien die Auszahlungen für die Ortsplanung in Höhe von 56.800 € zu streichen und in den Ergebnisplan zu setzen. Grund hierfür sei das doppische Gemeindehaushaltsrecht, welches die Bauleitplanung als laufenden Aufwand behandle. Darüber hinaus habe die Verwaltung eine Neukalkulation der Personalaufwendungen für das Jahr 2024 von der VAK-Bezügekasse ausgewertet. Insgesamt können die Personalaufwendungen um 41.800 € gesenkt werden. Weiterhin seien die Aufwendungen für das bereits durchgeführte raumakustische Gutachten in der Kindertagesstätte Zipfelmütze in Höhe von 6.200 € im Ergebnisplan zu veranschlagen.

Insgesamt erhöhe sich gegenüber dem vorliegenden Plan der Jahresfehlbetrag um 21.200 €.

Im Investitionsprogramm könne nochmals der Kostenanteil der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe an der baulichen Umsetzung des Rad- und Gehwegs am Pillauer Weg um 20.000 € erhöht werden.

Herr Wolf und Herr Nitz erörtern zudem die Notwendigkeit, in der Feuerwache eine moderne Schließanlage zu installieren, damit alle Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Zutrittsmöglichkeit erlangen. Für die Haupteingangstüren beliefe sich die Investition auf 9.000 €.

Die Stadtvertretung nimmt die vorgetragenen Veränderungen zur Kenntnis.

Im Hinblick auf die laufende Organisationsuntersuchung regt Frau Wisbar an, über den Stellenplan 2024 zu beraten. Sie verweist zudem auf die veranschlagten Mietaufwendungen für weitere Büroräume. In diesem Kontext sei auch über moderne Arbeitsplatzgestaltungen, z. B. vermehrte Nutzung von Homeoffice oder Doppelnutzung von Einzelbüros nachzudenken. Frau Wisbar beantragt, die Aufwendungen beim Produktsachkonto 111030.523140 (Miete Büroräume) in Höhe von 15.000 € gänzlich zu streichen.

Herr Bürgermeister Graf merkt an, dass für die Nutzung von Homeoffice zunächst die technischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten. Aufgrund fehlender Personalressourcen sei dies jedoch nicht leistbar.

Herr Jäger lässt sodann über den Antrag von Frau Wisbar abstimmen.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Nach einer kurzen Diskussion über den Handlungsbedarf im Bereich der IT/Digitalisierung, beantragt Herr Dr. Röger, die Streichung der Stelle für das Digitalisierungsmanagement inklusive der diesbezüglichen Personalaufwendungen. Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss: 2 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Darüber hinaus wird auf Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion einvernehmlich die Investitionsplanung gemäß der Antragsstellung der FRW-Fraktion vom 20.02.2024 um den Punkt „2. Feuerwehrstandort“ ergänzt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Herr Jäger lässt über den Beschlussvorschlag, einschließlich der in der Sitzung vorgetragenen Änderungen, abstimmen.

Beschluss:

Die **Stadtvertretung** beschließt auf Empfehlung des Finanzausschusses, die als Anlage beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den beigefügten Nachtragshaushaltsplan – mit den in der Sitzung vorgetragenen Änderungen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)

Top 15 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Anträge

Der Stadtpräsident Herr von Gropper bedankt sich bei Herrn Jäger für die Verhandlungsleitung und setzt mit der Tagesordnung fort.

Anträge liegen nicht vor.

Top 16 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Anfragen und Mitteilungen

Herr Martens verweist auf einen Flyer des Ratzeburger Jugendbeirats zu einer am 23.03.2024 geplanten Demonstration und Kundgebung gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Der Demonstrationzug soll am Bahnhof starten und auf dem Marktplatz zur Abschlusskundgebung enden. Er wünscht sich eine rege Teilnahme des politischen Ehrenamts.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor. Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:34 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentlicher Teil

[entfällt in der öffentlichen Sitzungsniederschrift]

Öffentlicher Teil

Top 21 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt die im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse zu Protokoll.

Tagesordnungspunkt 17 Stundung von Gewerbesteuerforderungen

Die Stadtvertretung beschließt, den im Sachverhalt aufgeführten Stundungsantrag, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 18 Vergabe der 10 Jahresinspektion des TMF der FFW Ratzeburg inklusive eines Mietfahrzeuges

Die Stadtvertretung beschließt die Vergabe der 10 Jahresinspektion des TMF der FFW Ratzeburg mit den sicherheitsrelevanten Optimierungsarbeiten inklusive eines Mietfahrzeuges an die Firma Rosenbauer, laut Angeboten SAB 6767, 6768 und 6769 vom 25.02.2024.

Tagesordnungspunkt 19 Umbau und Erweiterung der Ruderakademie Ratzeburg, Vergabe von Bauleistungen, hier: Entwässerungskanalarbeiten, 1. Nachtrag

Mit den Leistungen des 1. Nachtrags für die Entwässerungskanalarbeiten in der Maßnahme „Umbau und Erweiterung der Ruderakademie Ratzeburg“ wird die Firma Niklas Daberkow beauftragt. Die Auftragssumme beträgt brutto € 37.745,85.

Tagesordnungspunkt 20 Sanierung der Sportanlage Fuchswald - Vergabe

Für die Bauleistungen zur Sanierung der Laufbahn am Fuchswald wurde eine beschränkte Ausschreibung mit anschließender Submission durchgeführt. Der Auftrag wird dem günstigsten Bieter, der Fa. Weitzel GmbH, Tornesch, mit vorläufig 1.186.365,63 € erteilt.

Aufgrund des vorliegenden Submissionsergebnisses und der darin enthaltenen Kosten mit vorläufigen 1.186.365,63 € zzgl. der Kostengruppe 700 in Höhe von vorläufig 231.723,22 € (gesamt 1.418.088,85 €) zur Sanierung der Laufbahn sollen die Mehrkosten von vorläufig 117.988,85 € überplanmäßig bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Mehrkosten in den Haushalt 2024 aufzunehmen.

Zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung werden folgende Deckungsmittel eingesetzt:

250.000 €	<i>Projektförderung des Landes Schleswig-Holstein</i>
459.000 €	<i>nicht veranschlagte Einzahlungen aus der Abrechnung der Ausbaumaßnahme „Domstraße“</i>
496.700 €	<i>Minderauszahlungen in 2024 für die Sanierung der Domhalbinsel durch zeitliche Verzögerungen (lt. Kosten-/Finanzierungsplan)</i>
212.400 €	<i>Zurückstellung einer Mittelzuführung zum Städtebauförderungsvermögen (kommunaler Eigenanteil für ein Programmjahr)</i>

Top 22 - 5. Sitzung der Stadtvertretung v. 18.03.2024
Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:51 Uhr.

Ende: 21:51 Uhr

gez. Andreas von Gropper
Stadtpräsident
(für den TOP 1 bis 13 und TOP 15 bis 22)

gez. Michael Jäger
1. stellv. Stadtpräsident
(für den TOP 14)

gez. Axel Koop
Protokollführung